

PLAN DE SORTIE DE CRISE



Bündnis in Frankreich: Plan zum Ausweg aus der Krise

Seite 2

NIE WIEDER! 27. März 2020

- Aufruf von 19 Organisationen in Frankreich, „den Tag danach“ vorzubereiten
- Internet-Petition
- Erster Mai-Aufruf von 25 Organisationen: „Nie wieder!“ (28. April 2020)

Seite 15

Seite 18

Seite 19

Übersetzung und Veröffentlichung: Sand im Getriebe, <https://www.attac.de/bildungsangebot/sig>
und PG Europa von Attac DE, <https://www.attac-netzwerk.de/pg-europa/startseite/>

V. i. S. d. P. : M.D.Vernhes

Bündnis in Frankreich:

Actionaid, Action Non-Violente COP 21, Alternatiba, Amis de la Terre France, Attac France, Confédération paysanne, CGT, Convergence nationale des Services Publics, Droit au logement, Fondation Copernic, Fédération syndicale unitaire (FSU), Greenpeace France, Notre affaire à tous, Oxfam France, Reclaim Finance, Unef, UNL, Union syndicale Solidaires, Youth for Climate, 350.org

Plan zum Ausweg aus der Krise

26.Mai 2020

https://france.attac.org/IMG/pdf/le_plan_de_sortie_de_crise.pdf (1)

Nie wieder **- eine neue Welt muss geschaffen werden**

Die Umstände für die „schrittweise Lockerung“ bleiben sehr unsicher. Vieles hängt von Parametern ab, die zurzeit niemand beherrscht, zum Beispiel von der Herstellung eines Impfstoffs oder von der Entwicklung einer effizienten Behandlung der an COVID-19 Erkrankten. Aber genau jetzt, während der auf die Krise folgenden Schockperiode, beschleunigt sich die Geschichte, werden neue Wege eingeschlagen oder auch nicht und die getroffenen Entscheidungen bestimmen langfristig die Gestaltung der Zukunft.

Die jüngsten Erfahrungen veranlassen zum Nachdenken und zu längerfristigen Überlegungen, auf denen wir aufbauen wollen.

Seit ein paar Monaten nähern sich Gewerkschaften und Verbände an, von der Notwendigkeit überzeugt, Antworten auf die sozialen und ökologischen Notstände gemeinsam zu erarbeiten. Diese Krise, die Anfang 2020 ausbrach, führt uns erneut die Notwendigkeit einer systemischen Veränderung vor Augen. Deshalb haben unsere Organisationen ein beispielloses und breites Bündnis aufgebaut, das eine Erklärung (2) veröffentlicht, eine Petition (3) gestartet und die Menschen für den Ersten Mai (4) mobilisiert hat.

Wir glauben, dass die Zeit jetzt reif ist, dieses „Nie wieder“ in unserer Erklärung vom 18. März 2020 zu verdeutlichen und umzusetzen. Es ist jetzt höchst wichtig, die durch diese traumatische Krise hervorgerufene Schockstarre zu überwinden. Wir müssen die Menschen ermutigen, diesen Moment zu nutzen, indem sie richtige Schlüsse aus dieser Krise einfordern.

Das ist der Sinn der hier zur Debatte gestellten Maßnahmen. Sie sind absichtlich präzise und wo möglich mit Zahlen versehen. Es geht uns jedoch nicht um das Vorlegen eines starren, festgezurrt und endgültigen Plans. Im Gegenteil, diese Vorschläge sollen öffentlich debattiert und ergänzt werden. Mit der relativen Genauigkeit der vorgestellten Maßnahmen werden zwei Ziele verfolgt.

Erstens möchten wir klarmachen, dass wir uns nicht länger mit großen Worten, Absichtserklärungen und hohlen Phrasen begnügen. Wir wollen durch die Verzahnung kurz- und langfristiger Maßnahmen die Angemessenheit unseres Ansatzes und seine Verankerung in der Realität beweisen.

Zweitens wollen wir zeigen, dass es Alternativen zum neoliberalen, produktivistischen und autoritären Kapitalismus gibt und dass diese Alternativen glaubwürdig, wünschenswert und machbar sind. Die Bedingung dafür ist der Einsatz politischer und finanzieller Ressourcen für den gesellschaftlichen Umbau und den Klimaschutz, statt ihrer Unterordnung unter den Druck und die Begehrlichkeiten der Lobbys. Viele dieser Alternativen sind schon vorhanden, sie müssen gestärkt, erneuert und verallgemeinert werden, wie zum Beispiel die großen kollektiven Einrichtungen, die im Rahmen des Sozialstaates geschaffen wurden (Sozialversicherung, öffentliche Dienste usw.) oder konkrete neue Konzepte, die viele Möglichkeiten bieten, wenn ihre Verallgemeinerung ins Auge gefasst wird.

Jetzt muss auf die gesundheitlichen und sozialen Notfälle reagiert werden und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung unter Wahrung der demokrati-

schen Rechte ist an der Tagesordnung. Die kommenden Wochen werden entscheidend sein, und die Regierung muss dringend ihr Vorgehen ändern, um die notwendigen Ziele zu erreichen, die wir uns in den ersten beiden Teilen dieses Krisenausstiegsplans gesetzt haben. Insbesondere muss ein umfassender Plan zur Stärkung und Entwicklung der öffentlichen Dienste auf den Weg gebracht werden. Im Juni 2020 wird ein Haushaltsänderungsgesetz vorgelegt: Wenn diese Krise kein Anlass für Kürzungspläne und weitere soziale Rückschritte sein soll, wenn wir den Reichtum umverteilen und den ökologischen Umbau finanzieren wollen, dann müssen das Banken- und Finanzsystem sowie die Besteuerung von Grund auf verändert werden. Das ist das Thema des dritten Teils. Angesichts des Konjunkturpakets der Regierung, das ein unhaltbares System wiederbeleben soll, rufen wir im letzten Teil zu mutigen Maßnahmen auf, die einen sozialen und ökologischen Umbau der Landwirtschaft, der Industrie und des Dienstleistungssektors ermöglichen, um sowohl Hunderttausende von hochwertigen Arbeitsplätzen zu schaffen als auch die für die Men-

schen und den Planeten schädlichsten Aktivitäten zu stoppen. Zu diesem Umbau gehört auch die Relokalisierung der Wirtschaftstätigkeiten, begleitet von Maßnahmen, die die europäische und die internationale Solidarität bestärken und die wir eingehend beschreiben.

Dieses Dokument ist daher als ein Beitrag und sogar als ein Aufruf zur öffentlichen Debatte gedacht.

Lasst uns überall diskutieren und aktiv werden, um das System zu verändern und von der Regierung radikale Veränderungen zu fordern! **Eine grundlegende Veränderung dieser Welt**, in der eine solche gewaltige Krise möglich war, **ist die Angelegenheit von allen**, und die Welt danach wird so sein, wie wir sie aufzubauen vermögen.

----- Anmerkungen der SiG-Redaktion -----

(1) Übersetzung: Gabrielle Fois-Kaschel, Kristina Hnatiuk, Marie-Dominique Vernhes; Lektorat: Werner Horch

(2) SiG-Sondernummer Nr.1, S. 17-19, hier Seite 15

(3) SiG-Sondernummer Nr.1, S. 20, hier Seite 18

(4) SiG-Sondernummer Nr.2, S. 17, hier Seite 19

1. Bedingungen für die Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen, die die Gesundheitssicherheit, die Demokratie und die Grundrechte garantieren

„Manche Dienstleistungen müssen außerhalb der Gesetze des Marktes bleiben“, hat Emmanuel Macron am 12. März 2020 erklärt. Und trotzdem genießt seit Beginn der Krise die Stützung des bisherigen Wirtschaftssystems bei der Regierung Priorität, zum Schaden der Gesundheit. Erst das wachsende Ausmaß der Pandemie zwang sie, Masken zu bestellen, zu testen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen. Jedoch hat die Regierung es erlaubt, die Arbeit in nicht lebenswichtigen Bereichen fortzusetzen und damit Hunderttausende von Menschen und ihre Familien zu gefährden.

Die Gesundheit ist mehr denn je von oberster Priorität. Die neoliberale Politik ist komplett gescheitert. Die Pandemie hat gezeigt, dass das Gesundheitssystem nicht der Privatwirtschaft überlassen werden kann. Es besteht die

dringende Notwendigkeit, das öffentliche Gesundheits-, Wohlfahrts- und Sozialversicherungssystem zu erneuern, um den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht zu werden. In diesem Sinn schlagen wir Sofortmaßnahmen vor, die die Sicherheit aller gewährleisten. Wir schlagen aber auch vor, den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken, der ernsthaft geschwächt ist, die Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und die Sicherheit der Beschäftigten zu gewährleisten, indem ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt und ihre Rechte gestärkt werden. Ebenfalls wollen wir aus dem Ausnahmezustand herauskommen, in dem sich Frankreich befindet. Die Rechte von Frauen, Ausländer*innen, Jugendlichen und Arbeitnehmer*innen müssen nachhaltig garantiert werden. Die Bekämpfung der Diskriminierung bis ins Innere der Institutionen ist unerlässlich.

Ziel 1: Schutz- und Präventionsmaßnahmen gewährleisten

Maßnahme 1:

kostenlose Masken und für alle Zugang zu Tests

Wir fordern die kostenlose Verteilung von Masken an alle. Bei den Beschäftigten ist das die Aufgabe der Betriebe und beim Rest der Bevölkerung die des Staats, unter Kontrolle der Gebietskörperschaften (5). Die Gewinne der großen Supermarktketten durch den Handel mit lebenswichtigen Gütern sind nicht akzeptabel. Die Kostenfreiheit und die Zugänglichkeit der Test müssen ga-

rantiert sein. Wasser und Desinfektionsmittel müssen zugänglich sein. Die Schutzmittel für das Gesundheitspersonal müssen endlich verfügbar sein.

Schließlich muss ein Produktionsplan für die notwendige Ausrüstung erstellt werden, wobei Fabriken und Unternehmen mit der Kapazität zur Herstellung von Masken und medizinischer Ausrüstung dazu verpflichtet werden müssen. Das beginnt mit einem Stopp aller Sozialpläne und aller Betriebsschließungen (zum Beispiel bei Paintel, Luxfer oder Famar).

Maßnahme 2: Notfallplan für das öffentliche Krankenhauswesen

Es wurde gerade der Beweis erbracht, dass das Gesundheitssystem eines Landes Ungleichheiten erzeugen oder auch ausgleichen kann. In diesem globalen System ist das öffentliche Krankenhaus ein unverzichtbares Instrument des Staats, den kostenlosen Zugang zu einer Versorgung von guter Qualität auf dem gesamten Territorium zu gewährleisten. Es ist dringend notwendig, Personal auszubilden und einzustellen (ein erster Plan sieht 100.000 Einstellungen vor), die Gehälter zu erhöhen und dabei die Gleichstellung ausländischer Beschäftigter sicherzustellen, die Auswahlverfahren abzuschaffen und Ausbildungsplätze für Gesundheitsberufe zu schaffen, die Schulden der Krankenhäuser zu annullieren und ihre Budgets um mindestens 5 % zu erhöhen. Diese ersten Maßnahmen sollen es ermöglichen, das Funktionieren aller Dienste zu verbessern und sowohl in normalen Zeiten als auch in Zeiten von Gesundheitskrisen genügend Betten bereitzustellen. Alle Pläne zur Umstrukturierung und Schließung von Krankenhäusern oder von Abteilungen müssen gestoppt und das Prinzip der Zusammenarbeit muss eingeführt werden.

Maßnahme 3:

ein Plan, um die Gewalt gegen Frauen zu stoppen

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Ausgangsbeschränkungen machten feministische Organisationen die Behörden auf das erhöhte Risiko häuslicher Gewalt aufmerksam. Man hörte nicht zu und die Probleme, die vor den Ausgangssperren schon existierten, wurden noch verschärft. Es liegt in der Verantwortung der Regierung, die Anwendung der Schutzanordnung zur Entfernung gewalttätiger Partner massiv zu unterstützen, eine dauerhafte Aufnahme von Frauen und Kindern in jeder Gemeinde

zu gewährleisten und die Mittel für örtliche Hilfsorganisationen zu garantieren. In Absprache mit diesen Organisationen muss ein Präventionsprogramm durchgeführt werden: Schulungen für Polizeiangehörige, Richter*innen und Gesundheitspersonal, damit sie geschlechtsspezifische Gewalt thematisieren und erkennen können.

Maßnahme 4:

Sicherheit am Arbeitsplatz garantieren

Während der Ausgangsbeschränkungen und der anschließenden Lockerung waren die Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz gefährdet. Die Vorsorgeprinzipien müssen ebenso umgesetzt werden wie die Sicherheitsverpflichtungen der Arbeitgeber*innen, was die vollständige Wiederherstellung ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit, ob im privaten oder öffentlichen Sektor, erfordert. Die Arbeitstätigkeit muss ausgesetzt werden, bis die Schutzmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Belegschaftsvertretung getroffen sind, und es muss das effektive Recht der Arbeitnehmer*innen garantiert sein, bei ernster und unmittelbarer Gefahr von ihrem Widerrufsrecht Gebrauch zu machen. Eine Infektion mit dem Virus muss bei jedem und jeder betroffenen Arbeitnehmer*in automatisch als Arbeitsunfall oder Berufskrankheit anerkannt werden. Arbeitsinspektion und -medizin müssen gestärkt werden, wobei ihre Unabhängigkeit von den Arbeitgeber*innen zu garantieren ist. Die Befugnisse der Personalvertreter*innen müssen ebenfalls gestärkt werden, indem die Vorrechte der Komitees für Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Hygiene (CHSCT), die ein wichtiges Warn- und Überwachungsinstrument darstellen, wiederhergestellt und erweitert werden.

----- Anmerkungen der SiG-Redaktion -----

(5) Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Collectivit%C3%A9_territoriale

Ziel 2: Garantie der Gesundheitssicherheit durch Stärkung der demokratischen und individuellen Rechte

Maßnahme 5:

Aufhebung des Gesundheitsnotstands

Die Schutzmaßnahmen, die in Krisenzeiten notwendig sind, werden allzu oft durch ein System aus Kontrolle und Bestrafung ersetzt. Die Verhängung des Gesundheitsnotstands ist ein juristisches Monstrum, das der Exekutive erhebliche Macht gibt, die Befugnisse des Parlaments schmälert und den Zugang zur Justiz einschränkt. Die darin enthaltenen freiheitszerstörenden und regressiven Maßnahmen müssen dringend beendet werden! Die Vervielfachung der Kontrollen betrifft vor allem die Arbeiterviertel, in denen zahlreiche Menschen wohnen, die Schwerstarbeit verrichten, und hat zu mehr Polizeigewalt geführt. Dringend müssen die individuellen und kollektiven Bewegungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheiten wieder in Kraft treten. Die wissenschaftlichen

Verlautbarungen über das Virus müssen Informationen bereitstellen, die es ermöglichen, sich selbst zu schützen, ohne Auferlegung von individuellen Ausgangsbeschränkungen und ohne Datenerfassungen, die das Recht auf ärztliche Schweigepflicht nicht einhalten.

Maßnahme 6:

Stärkung der Arbeitnehmerrechte

Am Arbeitsplatz, wie auch anderswo, führten die Notstandsmaßnahmen zu einem Verlust von Rechten (Urlaub, Einspruchsrechte, die Rechte der Gewerkschaftsvertreter auf freien Zugang usw.). Diese Ausnahmeregelungen müssen sofort aufgehoben werden. Die Krise soll im Gegenteil zu einer Stärkung der Rechte und des Schutzes der Arbeitnehmer*innen führen, unabhängig von ihrem Status oder ihrer Nationalität.

Entsante Arbeitnehmer*innen müssen die gleichen Rechte genießen wie die des Gastlandes.

Die Hilfe bei der Suche nach einer ersten Arbeitsstelle muss für junge Menschen wiedereingeführt werden. Am schlimmsten ist es für diejenigen, die gezwungen waren, ihre Arbeitstätigkeit fortzusetzen, auch wenn sie dadurch gefährdet waren.

Die Freiberuflichen sind von dem plötzlichen Stillstand der Wirtschaft schwer getroffen. Wir fordern eine Angleichung ihrer sozialen Rechte an die allgemeinen Regelungen.

Im Übrigen soll die Arbeitslosenversicherung einen anständigen Lebensstandard ermöglichen.

Maßnahme 7:

Frauenrechte und der Kampf gegen Sexismus

Die Ausgangsbeschränkungen haben gezeigt, welche wesentliche Rolle Frauen in unserer Gesellschaft spielen. Sie sind in vielen lebenswichtigen Berufen überrepräsentiert, von Krankenschwestern bis hin zu Haushaltshilfen, Lehrerinnen und Kassiererinnen. Ihre Gleichberechtigung ist jedoch noch nicht wirksam, weder am Arbeitsplatz noch in der Gesellschaft. Es muss ein echter Schutz vor sexistischer und sexueller Belästigung am Arbeitsplatz geschaffen werden: interne Verfahren und strikte Einhaltung der Gesetze, spezifisches Training für das Personal. Wegen der durch die Gesundheitskrise verursachten Ausnahmesituation sind längere Fristen für den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch erforderlich. Die

Erziehung zur Gleichberechtigung der Geschlechter von klein auf muss Priorität haben. Frauen sind in Entscheidungsgremien unterrepräsentiert und werden, wie die Coronakrise gezeigt hat, unsichtbar gemacht, obgleich sie an vorderster Front stehen. Die Regierung muss ehrgeizige Schritte in Richtung Gleichberechtigung und Parität unternehmen, um eine gerechte Vertretung von Frauen zu gewährleisten.

Maßnahme 8:

Rechte von Ausländern und Inhaftierten

Die Legalisierung von Menschen ohne Papiere und die Schließung der Abschiebehaftanstalten werden den Zugang zu Rechten ermöglichen und Ansteckungen vermeiden. Man muss unverzüglich die Aufnahme von Geflüchteten und Menschen ohne Papiere verbessern (Unterbringung, Unterstützung bei der Wiederaufnahme der Ausbildung usw.). Es ist auch dringend notwendig, die Zahl der Inhaftierten drastisch zu reduzieren, um das Risiko von Gesundheitskrisen in den Haftanstalten zu begrenzen. Die Zahl der Haftstrafen muss begrenzt werden: Man muss statt Inhaftierungen alternative Strafen bevorzugen und die Praxis der sofortigen Vorführung, die besonders oft zur Inhaftierung führt, stark einschränken. Gleichzeitig müssen alle Personen, die aus der Haft entlassen werden können, freigelassen werden: Freilassung der Angeklagten unter richterlicher Aufsicht, Abänderung der Strafen und vorzeitige Entlassung von Personen, die das Ende ihrer Haftzeit bald erreichen.

Fazit

In den letzten drei Monaten wurde unsere Gesellschaft mit einer beispiellosen Situation konfrontiert, einer ausgewachsenen Gesundheitskrise. Dank des Einsatzes des Personals haben die Krankenhäuser trotz aller Kürzungen der letzten Jahre gehalten. Bei der Rettung unserer Gesellschaft hat die Elite, die von der neoliberalen Politik profitiert, keine Rolle gespielt; diese Leistung haben die Beschäftigten in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst erbracht, die in der Regel wenig Anerkennung und Wertschätzung erfahren und deren Status manchmal prekär ist. Die überragende Bedeutung der Tätigkeiten, die in den letzten Wochen für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft ausschlaggebend waren, muss anerkannt werden. Die Krise sollte den Staat, die Wirtschaftsbranchen und Unternehmen dazu bringen, all diese überwiegend weiblichen Arbeitsplätze aufzuwerten. Der Staat muss als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen: Er muss unmittelbar die Arbeitsplätze und Berufslaufbahnen im öffentlichen Dienst, bei denen Frauen dominieren, aufwerten. Als Finanzierungsinstanz muss er sich auch in den Bereichen Gesundheit, Sozialwesen, Bildung und Pflege engagieren. Schaffen wir ein qualitativvolles, universelles, gemeinschaftlich verwaltetes Gesundheits- und Sozialversiche-

rungssystem, dessen einziger Profit das kollektive Wohlergehen sein wird. Lasst uns die öffentlichen Dienste ausbauen durch die Einstellung weiterer Beamtinnen und Beamter für das öffentliche Bildungswesen, die Universitäten, die öffentliche Forschung und lokale Gebietskörperschaften.

Zur Befriedigung der sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Bedürfnisse brauchen wir eine Politik, die sich auf die Bürgerinnen und Bürger stützt, eine Politik der Emanzipation, nicht der Repression. Wir brauchen kein paternalistisches und repressives Krisenmanagement. Im Gegenteil, wir fordern einen Staat, der sich konsequent, offen und mit klaren und präzisen Richtlinien an seine Bürgerinnen und Bürger wendet, deren Durchführung durch ein Vertrauensverhältnis statt Sanktionen und Repressionen ermöglicht wird. In diesem Kontext ist die Frage der Information entscheidend. Sie soll zur Klärung bei den Diskussionen und Entscheidungen beitragen. Dafür müssen die politische Macht über öffentliche Medien und die Beherrschung des privaten Informationssektors durch eine Handvoll Milliarden zurückgedrängt werden.

2. Bewältigung der sozialen Krise, hier und überall auf der Welt

Die mit dem Coronavirus verbundene soziale Krise hat weltweite Ausmaße angenommen und betrifft Millionen von Menschen in Frankreich. Schon jetzt wollen der Arbeitgeberverband MEDEF und ein Teil der politischen Klasse Maßnahmen ergreifen, die ein einziges Ziel haben: die Aufrechterhaltung der Profitrate der großen Konzerne, um die an die Aktionäre ausgeschütteten Dividenden zu garantieren. Ihre Lösungsvorschläge sind hinlänglich bekannt: Wir sollen mehr und länger arbeiten und es hinnehmen, dass Arbeitslosigkeit und Elend anwachsen. Die Risiken von Massenentlassungen und zunehmender Prekarisierung sind äußerst hoch. „Schuldentilgung“ kann dazu eingesetzt werden, Menschen hierzulande und andernorts unter massiven Druck zu setzen. Aber das ist kein Naturgesetz! Uns steht eine andere Zukunft offen als die, die man uns aufzwingen will. Ja, es gibt Alternativen!

Wir wollen mit ganz konkreten Vorschlägen auf die soziale Krise reagieren und auf eine Gesellschaft des Gemeinwohls hinarbeiten, die niemanden auf der Strecke lässt.

Es ist an der Zeit, allen Menschen den Zugang zu Arbeit und ein Einkommen zu verschaffen, das ihnen ein Leben in Würde gewährleistet.

Ebenfalls steht ihnen eine dauerhafte, annehmbare Wohnung und ein umfassender Sozialversicherungsschutz zu.

Wir verfügen über ausreichende Mittel, um die Grundbedürfnisse der Gesamtbevölkerung zu befriedigen, und müssen dementsprechend schnell handeln.

Unsere Zukunftsvision kennt keine Grenzen: Die Umsetzung der internationalen Solidarität erfordert konkrete Maßnahmen.

Ziel 3: Arbeit für alle

Maßnahme 9: Lohnerhöhungen

Soziale Gerechtigkeit erfordert eine substanzielle Erhöhung der Löhne, damit alle in Würde von ihrer Arbeit leben können. Generell verlangen wir Lohnerhöhungen statt Sonderzulagen: Die ersten vorrangigen Maßnahmen sind eine generelle und unterschiedslose Lohnerhöhung von mindestens 200 Euro, ein Mindestlohniveau von 1700 Euro netto, außerdem die Revision und Erhöhung des Einkommensindex im öffentlichen Dienst. Darüber hinaus ist es wichtig, der Erfahrung und dem Know-how jeder und jedes Einzelnen Rechnung zu tragen und die Anerkennung von Diplomen und Ausbildungen zu gewährleisten. Um für alle den Anspruch auf einen angemessenen Mindestlohn zu sichern, ist es unabdingbar, der Einkommensungleichheit Grenzen zu setzen, das heißt eine Obergrenze für die Einkommenshöhe zu definieren und unter Berücksichtigung des Medianlohns eine maximale Differenz zwischen den Höchst- und Mindestlöhnen festzusetzen; diese Differenz muss öffentlich bekannt sein und demokratisch ausgehandelt werden.

Maßnahme 10: Aufrechterhaltung der Rechte der Arbeitnehmer*innen mit Zeitverträgen, Entschädigung für Arbeitslose

Die Reform der Arbeitslosenversicherung und der Erlass vom 28. Dezember 2018 über die Kontrolle von Arbeitslosen sind rückgängig zu machen. Die Ermittlung und Anrechnung von Leistungszeiten, auch für zeitweilig beschäftigte Arbeitnehmer*innen, sollten während der aktuellen Krise unter Wahrung der gesetzlichen Leistungsansprüche vorübergehend ausgesetzt werden. Für finanziel-

le Einbußen infolge von Kurzarbeit ist ein 100%iger Ausgleich zu leisten. Diese Regelung schließt auch Zeitarbeitsfirmen ein, damit alle Zeitarbeitnehmer*innen den gleichen Schutz genießen. Alle Arbeitnehmer*innen, befristet Beschäftigten, Zeitarbeitnehmer*innen, Aushilfen und Freiberufler*innen müssen rechtlich abgesichert sein.

Für die nur zeitweilig beschäftigten Arbeitnehmer*innen sollten die Leistungsansprüche für den gesamten Zeitraum, in dem sie nicht normal arbeiten konnten, um ein Jahr verlängert werden. Auch diejenigen, die aufgrund der Krise nicht in der Lage waren, die Voraussetzungen für solche Rechte zu erfüllen, müssen Unterstützung erhalten.

Maßnahme 11: Verringerung und Umverteilung der Arbeitszeit

Eine Umverteilung der Arbeitszeit ist unerlässlich, damit alle Arbeit finden können und sich für alle die Lebensqualität verbessert. Wir setzen uns für eine Referenzarbeitszeit von 32 Stunden pro Woche ein, ohne Lohneinbußen oder Flexibilisierungen. Die Arbeitnehmer*innen genießen einen Schutzstatus (in Form eines unbefristeten Vertrags), einschließlich einer verstärkten Überwachung des Missbrauchs von befristeten Verträgen. Wir sind für die Zahlung von deutlich höheren Beiträgen von Seiten aller Arbeitgeber*innen, die Teilzeitarbeit vorschreiben, damit das Ausmaß der Teilzeitarbeit begrenzt wird und die Rentenansprüche der betroffenen Arbeitnehmer*innen ausgeweitet werden. Telearbeit ist durch Tarifverträge, die Bezahlung von Arbeitsmitteln, die Übernahme

zusätzlich anfallender Kosten und Kontrolle der Arbeitszeit streng zu regeln.

Maßnahme 12: Verbot von Entlassungen in allen Unternehmen, die Gewinne machen

Wir fordern die Schaffung eines Vetorechts des betrieblichen Wirtschafts- und Sozialausschusses bei Entlassungen, die nicht durch ernsthafte und unmittelbare wirtschaftliche Schwierigkeiten begründet sind. Die Ausschüttung von Dividenden ist als Grund für das Verbot von Entlassungen zu werten (Verbot von börsenabhängigen Entlassungen). Der oberste Auftraggeber hat eine Verantwortung gegenüber den von ihm abhängigen Subunternehmen, auch auf internationaler Ebene. Wir sind besonders wachsam in Bezug auf rechtliche Vorkehrungen, die buchhalterische Verluste und/oder Insolvenz vorsehen.

Maßnahme 13: sofortige Lohnerhöhungen und Verbesserung der Karrieremöglichkeiten für Frauen

Frauen sind besonders stark von Lohnungleichheit betroffen. Wir fordern vermehrte Gehaltsüberprüfungen, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Niveau und Berufskate-

gorie. Wir befürworten sofortige Lohnerhöhungen und die Verbesserung der Karrieremöglichkeiten für Frauen. Diese Angleichung und Aufwertung der Einkommenssituation muss in den überwiegend von Frauen ausgeübten Berufen zur Regel werden, wobei im Rahmen von kurzfristig einzuberufenden Branchenverhandlungen Beschlüsse über Aufholmaßnahmen und höhere Lohntarife während der gesamten beruflichen Laufbahn von Frauen gefasst werden müssen. Frauen leiden in ihrer Karriere unter massiver Diskriminierung: Wir fordern die Entwicklung von attraktiven und uneingeschränkten Berufskarrieren. Es gilt, konkrete Jahresziele für die Verringerung der Disparitäten und für einheitliche Lohnerhöhungen festzulegen. Darüber hinaus müssen Maßnahmen bei niedrigen Einkommen und gegen erzwungene Teilzeitarbeit ergriffen werden. Die Löhne sind auch während der Dauer der Mutterschaft oder eines Adoptionsverfahrens kontinuierlich zu steigern. Eine deutliche Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs ist nötig, um die negativen Auswirkungen der Mutterschaft auf die Karriere von Frauen zu begrenzen und die häuslichen Aufgaben gleichmäßiger zu verteilen. Die Regierung hat für eine strikte Parität in den Aufsichtsräten und Vorständen großer Unternehmen Sorge zu tragen.

Ziel 4: Sicherstellung der Befriedigung der Grundbedürfnisse

Maßnahme 14: Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft

Die Umstellung auf die Erzeugung ausgewogener und qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel wird durch eine beträchtliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit um eine Million Bauern und Bäuerinnen erreicht!

Um dieses Ziel zu verwirklichen, muss der Beruf des Landwirts und der Landwirtin an Attraktivität gewinnen und ein angemessenes Einkommen garantieren. Dazu gehören sowohl die Regulierung und Verteilung von Produktionsvolumen als auch ein Gesetz, das den Verkauf unter Einstandspreis verbietet.

Eine tiefgreifende Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist unumgänglich: Statt die Fördermittel pro Hektar zu berechnen, sollten sie nach den vorhandenen Arbeitskräften bemessen werden. Weitere Auflagen bestünden darin, dass die Subventionen eine bestimmte Obergrenze nicht überschreiten dürfen, dass sie an soziale Bedingungen geknüpft sind und der Förderung einer ökologischen Landwirtschaft dienen.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste auf dem Land wird eine Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich bringen.

Solche Maßnahmen müssen mit einer offensiven Politik zur Niederlassung von weiteren Landwirten und Landwirtinnen einhergehen. Dafür soll ein Gesetz die landwirtschaftlichen Nutzflächen schützen (das heißt keine

neue Flächeninanspruchnahme), für ihre gerechte Verteilung sorgen und sie den Neulingen zugänglich machen. Eine Reform der Bildung und Ausbildung ist notwendig, um ökologischen Fragen besser gerecht zu werden. Erforderlich ist eine Politik zur Förderung und Unterstützung bei der Übertragung landwirtschaftlicher Betriebe.

Maßnahme 15: für das Recht auf ein garantiertes Einkommen und sozialen Schutz für alle

Zur Armutsbekämpfung müssen alle Mindestsozialleistungen und die Sozialhilfe massiv erhöht werden. Zur Sozialhilfe (RSA (6)) sollten auch die unter 25-Jährigen Zugang haben. Grundsätzlich und unabhängig davon, ob sie sich in der Ausbildung befinden oder nicht, stehen jungen Arbeitnehmern*innen die gleichen Rechte zu wie der übrigen Bevölkerung.

Es muss eine Entwicklung in Richtung eines universellen Sozialschutzes geben, der mehr Rechte und soziale Fürsorge für alle einschließt und durch Sozialabgaben finanziert wird. Jeder und jede Einzelne hat das Recht auf sozialen Schutz.

Maßnahme 16:

Zugang zu Qualitätsnahrungsmitteln für alle

In einer Notsituation wie der gegenwärtigen müssen die Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, die nicht voll ausgelastet sind, dazu verpflichtet werden, Mahlzeiten für alle Menschen zuzubereiten, deren Ernährung

nicht gesichert ist. Angesichts der zunehmenden Diskrepanz zwischen qualitativ hochwertigen, lokalen und biologischen Produkten, die für einen wohlhabenden Teil der Bevölkerung erschwinglich sind, und standardisierten, industriellen Nahrungsmitteln von geringem Nährwert für Bevölkerungsgruppen mit geringer Kaufkraft, größtenteils Frauen, muss die Schaffung einer Ernährungssicherheit (7) im allgemeinen Sozialversicherungssystem, wie ursprünglich im Jahre 1945 vorgesehen, in Erwägung gezogen werden.

Maßnahme 17: Recht auf und Zugang zu Qualitätswohnungen für alle

Um für alle das Recht auf menschenwürdigen, nachhaltigen, erschwinglichen, abgeschlossenen und dauerhaften Wohnraum zu gewährleisten und die durch die Gesundheitskrise verursachten Schäden zu beheben, müssen als Erstes die Zwangsräumungen eingestellt werden.

Es ist unumgänglich, ein Moratorium für Mieten und Schulden zu beschließen, den Hunderttausenden von Mietern und Neueigentümern, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, die Schulden zu erlassen (schätzungsweise ein Betrag von 1 bis 2 Milliarden Euro), und die Wohngeldbeträge (APL (8)) entsprechend der früheren Regelung aufzustocken.

Die Regierung hat für die Beschlagnahme von aus spekulativen Gründen leer stehenden Wohnungen und die Einhaltung des DALO-Gesetzes (9) zu sorgen. Wir wollen

das Recht auf Wohnraum durch die Zuweisung von Wohnungen an Obdachlose und notdürftig Untergebrachte in die Praxis umsetzen.

Die Schaffung von 250.000 Sozialwohnungen und die vollständige und effiziente Isolierung von 500.000 wärmedurchlässigen Baueinheiten pro Jahr ist von höchster Dringlichkeit.

Mit Regelungen zur Begrenzung und Herabsetzung der Mieten und mit der Besteuerung von Immobilien- und Grundstücksprofiteuren dürfte es gelingen, die Verteuerung von Wohnraum und die Gentrifizierung einzudämmen.

----- Anmerkungen der SiG-Redaktion -----

(6) RSA: Aktives Solidaritätseinkommen in Frankreich.

(7) „Wenn die Ernährung, unsere grundlegende Medizin, für die Gesundheitsfrage wesentlich ist und ein Gemeingut und sogar ein Recht darstellt, ist dennoch ein noch immer zu großer Teil der Bevölkerung nicht in der Lage, dieses Recht auszuüben. Sollte der würdige Zugang zu einer gewählten Nahrung nicht ein Recht sein, genau wie der Zugang zur Gesundheitsversorgung, und deshalb Gegenstand einer spezifischen Politik sein?“ Aus: <https://www.isf-france.org/articles/pour-une-securite-sociale-de-lalimentation>

S. auch: <https://securite-sociale-alimentation.org/>

(Dies wird in SiG 138 ausführlich dargestellt)

Das [Programm](#) des Nationalrats des Widerstands in Frankreich im 2. Weltkrieg wird bei sozialen Kämpfen öfter zitiert.

(8) APL: Wohngeld.

(9) DALO: einklagbares Recht auf Wohnraum

Ziel 5: für eine wahre internationale Solidarität

Maßnahme 18: die Schuldenstreichung für die ärmsten Länder der Welt einleiten

Ländern mit niedrigem und mittlerem Nationaleinkommen können durch die Annullierung der Rückzahlungen für das Jahr 2020 etwa 400 Milliarden Dollar bereitgestellt werden.

Mit der im April von der G20 beschlossenen Schuldenaussetzung allein ist es nicht getan. Sie beschränkt sich auf die bilateralen Schulden von insgesamt 76 Ländern und bewirkt lediglich einen Zahlungsaufschub, keinesfalls eine Streichung der Verbindlichkeiten.

Die Risiken einer Schuldenkrise sind daher nach wie vor beträchtlich, da die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise auf diese Länder voraussichtlich weit über das Jahr 2020 hinaus anhalten werden. Die Entscheidung der G20 für dieses Moratorium beweist jedoch, dass eine gemeinsame Vereinbarung über eine Schuldenstreichung auf internationaler Ebene möglich ist.

Dafür muss Frankreich dieses Vorhaben mit Nachdruck unterstützen und die privaten Gläubiger, die einen erheblichen Anteil an den Schulden der armen Länder tragen, müssen durch die G20 gesetzlich zur Respektierung dieser Maßnahme verpflichtet werden, zum einen um die

Transparenz zu erhöhen, zum anderen um für zivilgesellschaftliche Organisationen in den Ländern des Südens die Möglichkeit zu schaffen, die Verwendung dieser Summen zu kontrollieren.

Maßnahme 19: für einen internationalen Hilfsfonds

Übereinstimmend mit den Unterstützungsvorhaben der unterschiedlichen Organisationen der Vereinten Nationen muss Frankreich zusätzliche Mittel in Form von Zuschüssen entsprechend seinem globalen wirtschaftlichen Gewicht zur Verfügung stellen. Dies bedeutet eine zusätzliche Hilfe von mindestens 14,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Dazu kommt, dass Frankreich angesichts der bevorstehenden Überschuldungskrise in den Ländern des Südens die Zuschüsse im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe ausschließlich solchen Ländern gewähren sollte, deren Überschuldung laut IWF besonders gravierend ist oder bei denen ein hohes Überschuldungsrisiko besteht.

Zudem bietet diese Krise die Gelegenheit, die öffentliche Entwicklungshilfe Frankreichs dauerhaft auf 0,7 % seines BNE anzuheben. Die Verwirklichung dieses 50 Jahre alten Ziels erlaubt keinerlei Aufschub, wenn es darum

geht, die Gesundheitssysteme in den Ländern des Globalen Südens zu stärken, die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu verringern und dazu beizutragen, sich auf künftige Klimakrisen vorzubereiten, die die Bevölkerung noch verwundbarer machen werden.

Maßnahme 20:

gemeinschaftliche Nutzung von Wissen und Patenten mit dem Ziel, den weltweiten Zugang zu Innovationen und die Kooperation in der medizinischen Versorgung zu gewährleisten

Es ist unerlässlich, dass Frankreich, aber auch die Gesundheitsministerien aller anderen Länder der Welt, die bei der Gründung der Weltgesundheitsorganisation getroffenen Vereinbarungen, in denen sich alle Staaten darauf geeinigt haben, „den höchsten erreichbaren Gesundheitsstandard als ein Grundrecht jedes Menschen“ zu gewährleisten, ohne Aufschub umsetzen.

Die Voraussetzungen für eine internationale Zusammenarbeit, die allen den Zugang zu Covid-19-Behandlungen ermöglicht, bestehen darin, die gemeinsame Nutzung des Wissens und der Patente, die aus der Forschung gegen das Coronavirus resultieren, als verbindlich zu erklären, indem insbesondere öffentliche Subventionen von der Einhaltung dieses Prinzips abhängig gemacht werden, somit dem Vorrang des Gemeinwohls vor den Interessen der großen Pharmakonzerne Geltung verschafft wird.

Erweiterung der Rechte, Umverteilung des Reichtums, Abbau von Ungleichheiten und Übergang zu einem anderen Gesellschaftsmodell: All unsere Vorschläge sind praxisbezogen und in kürzester Zeit zu verwirklichen.

Sie sind eine echte Alternative zur Welt von gestern und zu den „Lösungen“, die Ungleichheit und Armut Vorschub leisten, in Frankreich und in der ganzen Welt.

Die europäische Solidarität erfordert einen deutlich höheren EU-Haushalt, dessen Mittel eigens für soziale und ökologische Notsituationen bereitgestellt werden sollten.

Wir haben die Mittel, Millionen von Arbeitsplätzen zu schaffen. Wir haben die Mittel, die Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu befriedigen. Wir haben die Mittel, die Lasten für die Bevölkerung der ärmsten Länder zu mildern und konkrete Hilfe zu leisten.

All diese Maßnahmen setzen einen umfassenden Entwicklungsplan und den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen für die Bevölkerung voraus: Nur so lässt sich vermeiden, dass ausschließlich im eigenen Interesse gehandelt wird.

Ein ehrgeiziger Plan für die Produktion und Verbreitung zukünftiger Medikamente und Impfstoffe ist notwendig, um einen universellen, kostenlosen und gleichen Zugang zu diesen Mitteln in der ganzen Welt zu schaffen. Außerdem ist es unabdingbar, die öffentliche Entwicklungshilfe zur Stärkung der Gesundheitssysteme und Erhöhung des medizinischen Personals deutlich anzuheben.

Maßnahme 21: Ernährungssouveränität für alle Bevölkerungen der Welt

Ernährungssouveränität bezeichnet das Vermögen und das Recht der Menschen, ihre Ernährung selbst zu bestimmen. Das heißt, dass sie über die Art und Weise, wie sie sich ernähren, also über die Stufen des Ernährungssystems vom Feld bis auf den Tisch selbst entscheiden können, ohne dabei die Landwirtschaft anderer zu beeinträchtigen.

Diese grundlegende Einsicht schließt eine aggressive Handelspolitik gegenüber Drittstaaten aus.

Die Handelsrichtlinien werden auf demokratische Weise mit allen Akteuren der Agrar- und Ernährungsbereiche und unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung festgelegt. Das bedeutet das Ende der Billigexporte aus der EU und den Abschied von jeglichen politischen Formen des Lebensmitteldumpings, einen Stopp der Enteignungen landwirtschaftlicher Nutzflächen, die freie Verfügbarkeit von Saatgut, den garantierten und fairen Zugang zu landwirtschaftlichen Böden, die Versorgung mit Wasser als öffentlichem und nachhaltig zu verteilendem Gemeingut.

Fazit

Diese Maßnahmen sind ein wichtiges Werkzeug zur Förderung des Gemeinwohls; sie sind Mittel zur Schaffung von Gleichheit. Sie ermöglichen einen effektiven Zugang zu grundlegenden Rechten: kein Arbeitsrecht ohne Gewerbeaufsichtsbeamtinnen und -beamte, keine Steuerberechtigung ohne Finanzbeamtinnen und -beamte, keine kostenlose und obligatorische Schulbildung ohne Beamtinnen und Beamte eines öffentlichen Bildungswesens usw.

Unsere Vorschläge können eine fruchtbare Dynamik entfalten, aus der neue Initiativen entstehen. Um beispielsweise sicherzustellen, dass eine Mehrheit von Frauen trotz der Betreuung von Kleinkindern oder pflegebedürftiger Familienmitglieder in Vollzeitbeschäftigung bleiben kann, ist die Entwicklung öffentlicher Einrichtungen für Kleinkinder und pflegebedürftige Angehörige erforderlich.

Die Schaffung neuer öffentlicher Dienste ist generell in Betracht zu ziehen und zu diskutieren.

3. Es gibt „magisches Geld“⁽¹⁰⁾: Man muss nur an der richtigen Stelle suchen

Auf den schwindelerregenden Fall der Börsenkurse wurde zur Stabilisierung der Finanzmärkte mit raschen und außerordentlichen Unterstützungsmaßnahmen für private Finanzakteure reagiert. Diese Maßnahmen kommen vor allem großen Unternehmen zugute, ohne dass ein soziales oder ökologisches Pendant gefordert würde. In Ermangelung einer ausreichenden Regulierung werden die Gelder auch in die Boni und Dividenden der Banken einfließen.

Im Gegensatz dazu haben die ärmsten Bevölkerungsschichten nur wenig Unterstützung erhalten, und die Pflegekräfte sollen mit Prämien abgefunden werden. Es besteht die Gefahr, dass der Ausweg aus der Krise gleichbedeutend mit Entbehrung und aufgezwungener Sparbarkeit sein wird, legitimiert durch den unveränderten Diskurs über die zurückzuzahlenden Schulden der Staaten. Die drohende Verpflichtung zum Ausgleich des öffentlichen Defizits wiegt schwer. Ohne Änderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird

die unnachgiebig eingeforderte Schuldentilgung zu sozialem Elend und einer ökologischen Katastrophe führen. Um den Reichtum besser zu verteilen und die soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft zu finanzieren, brauchen wir im Gegenteil ein anderes Programm: Wir müssen die Geldpolitik neu ausrichten, die Finanzunternehmen kontrollieren, die Staatsverschuldung nutzbringend einsetzen und die Steuerpolitik grundlegend ändern. All diese Vorschläge ermöglichen die Freisetzung neuer finanzieller Mittel für die öffentliche Hand, wobei soziale Gerechtigkeit und ökologische Dringlichkeit in den Mittelpunkt dieses Projekts gestellt werden.

Es gibt einen anderen Weg, das „magische Geld“ ist da: Man muss nur an der richtigen Stelle suchen.

----- Anmerkungen der SiG-Redaktion -----
(10) Dies ist eine Anspielung auf eine Bemerkung Macrons aus dem Jahr 2018, wonach die Forderungen des Pflegepersonals nach Neueinstellungen nicht erfüllt werden könnten, weil es kein magisches Geld gäbe.

Ziel 6: die Finanzwelt und die öffentliche Verschuldung wieder kontrollieren

Maßnahme 22:

für eine Geld- und Aufsichtspolitik im Dienste der sozialen und ökologischen Bedürfnisse

Durch den massiven Aufkauf von Vermögenswerten großer Unternehmen und die bedingungslose Finanzierung aller Banken trägt die Europäische Zentralbank (EZB) zur Schaffung von Spekulationsblasen bei, sie verschlimmert die Klimakrise und widersetzt sich der Unterstützung der Schwächsten. Sie muss die umweltschädlichsten Unternehmen (wie Total, Shell oder ENI) von ihren Ankäufen ausschließen, diese Ankäufe in sozial und ökologisch nützliche Bereiche umleiten, die Refinanzierung der Banken mit Hilfe von Vermögenswerten umweltverschmutzender Unternehmen verweigern und die nahezu zinslose Refinanzierung an Bedingungen für die Kreditnehmer knüpfen.

Das wird jedoch nicht ausreichen. Um den Ausweg aus der Krise zu finanzieren, den Bürger*innen beizustehen, den ökologischen Umbau zu fördern und erzwungene Kürzungsmaßnahmen zu vermeiden, muss die EZB den Staaten und Gebietskörperschaften eine Befreiung von den aus Verschuldung resultierenden Zwängen ermöglichen. Der Aufkauf von Staatsschulden und ihre Anerkennung als ewige Schulden zum Nullzinssatz (was faktisch einem Erlass der Staatsschulden gleichkäme) und die direkte Finanzierung der Notfall- und Umbaupläne von Staaten und Gebietskörperschaften durch Geldschöpfung sind allesamt notwendige Hebel dafür, sich von den Märkten zu befreien, Solidarität und den ökologischen Umbau zu finanzieren. Die Frage der Verschuldung muss

Gegenstand von Bürger*innenaudits sein, damit über den besten Weg zur Befreiung vom Diktat der Finanzmärkte entschieden werden kann, ohne dass dies zur Verarmung der schwächsten Bevölkerungsgruppen und zu einer ökologischen Katastrophe führt.

Maßnahme 23:

Regulierung von Bankgeschäften

Um die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems aufzubauen, muss die Regierung bei ihrem Konjunkturpaket sicherstellen, dass die Finanzakteure daran gehindert werden, künftige klimatische, wirtschaftliche und finanzielle Schocks zu verschärfen.

Wie in einer europäischen Richtlinie vorgeschlagen, muss das Wertpapiergeschäft von den klassischen Geschäftsfeldern der Banken getrennt werden, und große Banken müssen einer verstärkten Aufsicht unterstellt werden. Insbesondere müssen spekulative Operationen von Investmentbanken verboten werden. Die Ausschüttung von Dividenden und Boni durch Akteure, die öffentliche Gelder erhalten, muss ebenfalls verboten werden. Darüber hinaus muss der Staat die Aktivitäten der privaten und öffentlichen Finanzakteure im Bereich der fossilen Energien beaufsichtigen. Die Regierung muss von den Finanzakteuren verlangen, dass ihre Investitionsvorhaben die Grenze von 1,5 °C bei der Erwärmung der Erdatmosphäre respektieren. Dazu gehören die sofortige Einstellung ihrer Unterstützung bei der Erschließung neuer Lagerstätten oder bei Projekten fossiler Brennstoffe und ein vollständiger Ausstieg aus der Kohle bis 2030

und aus allen fossilen Brennstoffen bis 2040 in der OECD und bis 2050 in der übrigen Welt. Ein öffentliches Finanzzentrum im Dienste des Gemeinwohls und unter demokratischer Kontrolle könnte geschaffen werden, in-

dem die aus der Caisse des Dépôts , der Post und der CNP bestehende neue Einrichtung so umgestaltet wird, dass die Ersparnisse der Bevölkerung langfristig nach sozialen und ökologischen Prioritäten investiert werden.

Ziel 7: mehr Steuergerechtigkeit

Maßnahme 24:

für eine gerechtere und progressive Besteuerung von Einkommen und Vermögen

Die Umwandlung der solidarischen Vermögenssteuer (ISF) in eine Vermögenssteuer auf Immobilien (IFI) ist die symbolische Maßnahme eines Präsidenten der Reichen und der steuerlichen Ungerechtigkeit. Wir schlagen nicht einfach vor, die Vermögenssteuer, die viele Steuerschlupflöcher hatte, wiederherzustellen, sondern sie so umzugestalten, dass sie gerechter wird und deutlich mehr Ertrag erzielt, einigen Schätzungen zufolge in der Größenordnung von 10 Milliarden Euro. Darüber hinaus würden die Abschaffung der einheitlichen Pauschalabgabe bei Wiederherstellung der Progressivität der Steuer auf Finanzeinkünfte und eine progressivere Einkommenssteuer zusätzliche Ressourcen freisetzen und die Reichsten zur nationalen Solidarität beitragen lassen.

Maßnahme 25:

wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht

Steuerhinterziehung und Steuerflucht führen in Frankreich jedes Jahr zu einem Verlust von mindestens 80 Milliarden Euro. Um dem abzuwehren, muss zuerst der Stellenabbau gestoppt werden und die rechtlichen und personellen Ressourcen der Steuer-, Zoll- und Justizverwaltungen sind zu stärken. Die Mindereinnahmen infolge der Steuerflucht multinationaler Unternehmen, die aus dem künstlichen Transfer von Gewinnen in Steuerparadiese resultiert, werden auf mindestens 36 Milliarden Euro geschätzt. Die Einführung einer einheitlichen Besteuerung multinationaler Unternehmen würde es ermöglichen, deren Gewinne auf Konzernebene zu besteuern und dann die Steuerlast dorthin zu transferieren, wo sie ihre Aktivitäten ausüben, wobei die „digitale“ Dimension einbezogen würde. Ein fairer und anspruchsvoller effektiver Mindeststeuersatz würde dem unlauteren Steuerwettbewerb ein Ende setzen. Dieser Steuersatz sollte Gegenstand einer demokratischen Debatte sein.

Maßnahme 26:

verstärkte Besteuerung von Finanztransaktionen

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird derzeit von 10 Ländern der Europäischen Union verhandelt. Durch die Besteuerung von Aktiengeschäften, strukturierten Produkten und bestimmten Derivaten könnten diese 10 Länder 36 Milliarden Euro pro Jahr einnehmen, davon gingen 10,8 Milliarden an Frankreich. Zum Vergleich: Die „französische Finanztransaktionssteuer“, die nur für Aktien gilt, bringt rund 1,6 Milliarden Euro pro Jahr. Die Einführung einer auf Derivate und Intraday-Handel ausgeweiteten europäischen Finanztransaktionssteuer könnte Frankreich in die Lage versetzen, mehr als 9 Milliarden Euro pro Jahr einzunehmen. Die Besteuerung von Finanztransaktionen würde auch die Spekulation eindämmen, zur Verringerung der Größe und der Instabilität der Finanzmärkte beitragen und damit die Macht der Finanzindustrie beschneiden. Diese Steuer sollte für die internationale und ökologische Solidarität eingesetzt werden.

Maßnahme 27:

Abschaffung der unnützen Steuerschlupflöcher und der Steuerbefreiungen, die dem Klima, der Biodiversität und dem Kampf gegen Ungleichheit schaden

Steuerschlupflöcher und Ausnahmeregelungen stellen den Grundsatz der Gleichheit vor der Steuer in Frage: Ganz abgesehen davon, dass man sie kennen muss, um davon profitieren zu können, begünstigen sie insbesondere die wohlhabendsten Schichten und die größten Unternehmen. Die Nutzung von Steuerschlupflöchern führt derzeit zu Mindereinnahmen in Höhe von 140 Milliarden Euro. Es gibt hunderte Beispiele, bei denen der Nutzen in Bezug auf die Verringerung der Ungleichheiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bekämpfung des Klimawandels und der Erosion der biologischen Vielfalt nicht nachgewiesen ist. Es ist notwendig, diese Auswirkungen zu bewerten, um die nutzlosen oder sogar schädlichen Steuernischen schrittweise abzuschaffen.

Fazit

In wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht wird die aktuelle Gesundheitskrise langfristige Auswirkungen haben. Wenn es nicht zu einem tiefgreifenden Umbruch bei der Finanzierung der Wirtschaft und der öffentlichen Aufgaben kommt, wird diese Krise eine Zunahme der Ungleichheiten und eine Verschärfung der ökologischen

Krise bewirken. Die Hebel zum Handeln sind jedoch vorhanden und schon seit Jahren bekannt. All diese konkreten Vorschläge zielen darauf ab, den Finanzierungsbedarf für die unverzichtbare ökologische und soziale Revolution bei einer gleichzeitig besseren Reichtumsverteilung zu decken. Die Umsetzung solcher Vorschläge wür-

de auch zur Reduzierung der Macht der Finanzindustrie durch deren Unterordnung unter langfristige soziale und ökologische Ziele und durch die Verringerung der Instabilität der Finanzmärkte beitragen. Im Bereich der Besteuerung zielen solche Vorschläge darauf ab, die Fähigkeit des Systems zur Verringerung der Ungleichheiten zu verbessern, den Steuerwettbewerb zu beenden und die Bereitschaft zur Zahlung von Steuern zu stärken, die durch steuerliche Ungerechtigkeit stark untergraben wur-

de. Sie sind Teil eines umfassenderen Konzepts einer gerechteren und umweltfreundlichen Besteuerung, die das Kapital stärker belasten würde als die Arbeit, die Großunternehmen mehr als die Privathaushalte (zum Beispiel durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundbedarfsgüter), die umweltverschmutzende Aktivitäten bestrafen sowie die für den ökologischen Umbau maßgeblichen Sektoren und die Relokalisierung der Wirtschaftstätigkeiten fördern würde.

4. Für eine ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft

Der eklatante Mangel an Betrieben zur Herstellung lebenswichtiger Produkte (Medikamente, Masken) in unserem Land wirft die Frage der Relokalisierung unserer Produktionstätigkeiten verstärkt auf. Eine bevölkerungsnaher Produktion zur Befriedigung gesundheitlicher, ökologischer und sozialer Bedürfnisse und das Hinarbeiten auf ein neues Gleichgewicht zwischen den Regionen erfordern eine Planung der Wirtschaftstätigkeiten. In diesem Sinne ist der Logik der Just-in-time-Produktion, der internationalen Segmentierung der Wirtschaftstätigkeiten, des Freihandels und der Importabhängigkeit ein Ende zu setzen.

Während der Krise wurden lokale Geschäfte gegenüber den großen Handelsketten oder dem Online-Handel benachteiligt. Die Neugewichtung zugunsten der lokalen Geschäfte im Zusammenhang mit der Relokalisierung der Wirtschaftsbetriebe liefert eine bessere Antwort auf

den Klimawandel. Freier Handel ist unvereinbar mit der Relokalisierung, der Diversifizierung und dem sozialen und ökologischen Umbau unserer Wirtschaft.

Die kollektive grundlegende Umgestaltung unserer Produktions-, Mobilitäts- und Konsumweisen erfordert eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Politik. Umfassende Reformen der Berufsausbildung sind unerlässlich dafür, diese Umstellung zu gewährleisten, bei der jeder/jede einen sicheren Arbeitsplatz und ein sicheres Einkommen erhält. Die Arbeitnehmer*innen müssen vollständig in den Entscheidungsprozess integriert werden, da sie am besten in der Lage sind, weitreichende Veränderungen in Richtung auf die Produktion von Qualitätsgütern und -dienstleistungen vorzuschlagen, die auf die sozialen und ökologischen Notstände eine Antwort geben. Die Frage der Vergesellschaftung und der Struktur der Unternehmen muss aufgeworfen werden.

Ziel 8: nachhaltige Unterstützung der Produktionsumstellung

Maßnahme 28:

ein Gesetz zur Durchsetzung des Pariser Abkommens gegenüber Unternehmen und zum Verbot von klimazerstörenden Dividenden

Dem Parlament muss ein Gesetz vorgelegt werden, in dem der Weg zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen festgelegt und die Wirtschaft auf den ökologischen Umbau ausgerichtet wird. Es muss für Unternehmen der Förderindustrie und des Produktions- und Dienstleistungssektors gelten (in erster Linie Unternehmen, die dem Gesetz über die Sorgfaltspflicht unterliegen (11) und alle Aktivitäten, Investitionen, Auswirkungen und Emissionen in Frankreich und im Ausland einschließen. Es muss die Verpflichtung enthalten, zur Einhaltung des 1,5°C-Ziels jährliche Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen festzulegen, und bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen ein Verbot der Dividendenausschüttung vorsehen.

Maßnahme 29: Beendigung der öffentlichen Unterstützung umweltverschmutzender Akteure
Unternehmen und Finanzakteure, die in der Kohlenstoff-

industrie und die Biodiversität zerstörenden Bereichen tätig sind, dürfen nicht länger Steuerbefreiungen, öffentliche Beihilfen und Subventionen (Beihilfen für die industrielle Landwirtschaft und Fischerei, Export und Werbung, importierte Abholzung usw.) erhalten. Keine öffentliche oder staatlich garantierte Investition darf den Sektor der fossilen Brennstoffe, die Entwicklung neuer Nuklearprojekte, stark umweltverschmutzende Industrien oder industrielle Fischerei und Landwirtschaft unterstützen. Beihilfen, die im Rahmen des Notfallplans für umweltverschmutzenden Verkehr gewährt werden, wie zum Beispiel die Air France von der Regierung ohne Gegenleistung gewährte Zahlung, müssen an soziale und ökologische Verpflichtungen geknüpft sein.

Maßnahme 30:

Unterstützung der Produktionsumstellung durch verbesserte Ausbildungs-, Lehr- und Forschungsprogramme

Die berufliche Aus- und Weiterbildung und die öffentliche Forschung müssen sowohl dem Bedarf in den Zukunftsbereichen des ökologischen Umbaus (erneuerbare

Energien, Bau/Sanierung, Landwirtschaft usw.) als auch dem Umschulungsbedarf der Arbeitnehmer*innen unter Berücksichtigung ihrer Erfahrungen und ihres Know-hows Rechnung tragen.

Die durch den ökologischen Umbau notwendig gewordenen Betriebsumstellungen müssen antizipiert, unterstützt und finanziert werden, und die Beschäftigten müssen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Die Berufsausbildung, die erneut als öffentliche Dienstleistung organisiert wird, muss durch ein kollektives Schutzsystem unterstützt werden, das durch einen Gemeinschaftsfonds finanziert wird, der aus den Beiträgen der Arbeitgeber gespeist wird, um den Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, sich ohne Lohn- oder Rechtsverlust die Zeit für die Ausbildung zu nehmen.

Die Lehr- und Ausbildungsmethoden müssen neu definiert werden mit dem Ziel, den gesellschaftlichen und ökologischen Nutzen der wirtschaftlichen Aktivitäten zu steigern und gleichzeitig eine solide Allgemeinbildung

aufrechtzuerhalten, die auf die persönliche Entfaltung von Schüler*innen, Studierenden und Arbeiter*innen abzielt. Die Löhne der Beschäftigten in diesem Bereich müssen angehoben werden.

Eine massive Investition in junge Menschen bedeutet in erster Linie, ihnen Rechte, Status und finanzielle Unterstützung zu garantieren, die sie schützen und ihnen ermöglichen, insbesondere während ihres Studiums unabhängig zu sein.

Auch die Ausbildung von Jugendlichen aus Arbeitervierteln muss tatkräftig unterstützt werden.

----- Anmerkungen der SiG-Redaktion -----
(11) Siehe [Gesetz von 2017](#). Ziel: gegen die Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen vorzugehen, die von den großen Unternehmen mit Sitz in Frankreich in der gesamten Wertschöpfungskette begangen werden. Über die unzulängliche Umsetzung dieses Gesetzes haben französische Organisationen [einen offenen Brief](#) an den Wirtschaftsminister Le Maire geschrieben (19. Dezember 2019)

Ziel 9: Umgestaltung unserer Produktions-, Mobilitäts- und Konsumweisen

Maßnahme 31:

alle Verhandlungen und Abschlüsse von Handels- und Investitionsabkommen stoppen

Frankreich darf noch ausstehende Abkommen, wie die mit Kanada und Mexiko, nicht ratifizieren. Diese Abkommen stellen die Interessen der multinationalen Unternehmen über alle Rechtsgrundsätze und den Kampf gegen den Klimawandel, bis hin zur Einrichtung von für private Investoren vorteilhaften Schiedsgerichten. Sie fördern die Spezialisierung der Länder und verhindern eine ehrgeizige öffentliche Politik. Das Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission muss überarbeitet werden, indem Sozial- und Umweltklauseln eingeführt werden, die Vorrang vor Handelsinteressen haben. Die Wirtschaftsbereiche müssen vor dem unlauteren Wettbewerb geschützt werden, der durch das Bestreben entsteht, durch das Unterschreiten sozialer und ökologischer Standards Vorteile zu erringen. Wir müssen dringend unseren internationalen Handel nach den Prinzipien der Solidarität, der Gleichheit und des Wissensaustauschs neu ausrichten.

Maßnahme 32: Mobilität neu gestalten

Die Wiederaufnahme des Reiseverkehrs ist eine einzigartige Gelegenheit, unsere Mobilität neu zu gestalten. Die Einstellung von Kurstreckenflügen (zunächst solcher, die durch eine Zugfahrt bei Tag von weniger als 6 Stunden oder einen Nachtzug ersetzt werden könnten), die Annullierung aller Pläne zur Erweiterung oder Privatisierung von Flughäfen, die Entwicklung eines dichten Tag- und Nachtzugfahrplans für Passagiere und Fracht sowie die Erneuerung oder Wiedereröffnung von Regionalstrecken sind gesetzlich zu verankern. Die Bedeutung und die Umweltschutzz Vorteile des Radverkehrs, insbesondere in

der städtischen Mobilität, sollte dazu führen, dass temporäre Radwege erhalten bleiben und neue geplant werden. Wir müssen uns von der Abhängigkeit vom Straßenverkehr lösen, neue unnütze große Straßeninfrastrukturprojekte aufgeben, qualitativ hochwertige öffentliche Verkehrsmittel für alle zugänglich machen und die Regionen mit einer ökologischen, solidarischen und multimodalen öffentlichen Verkehrsstruktur ausstatten.

Maßnahme 33: ein Gesetz zum Aufbau einer Wirtschaft der Genügsamkeit

Wir fordern ein Gesetz, das die Mechanismen der Überproduktion und des Überkonsums bekämpft: Einfrieren der Überkapazitäten im Handel und Stoppen der Ausweitung des elektronischen Handels (keine Errichtung von Lagerhäusern und Einkaufszentren in den Randgebieten), Reduzierung der Menge neuer Produkte in den emittierenden Industrien wie der Textil- oder Elektronikbranche, drastische Regulierung der Werbung sowie Kontrolle der Produktion mit der Möglichkeit von Sanktionen bei geplanter Produktverschleiß. Die Autonomie des Benutzers muss gewahrt, die Qualität der Materialien garantiert und die Lebensdauer der Produkte erhöht werden. Diese genügsamere Wirtschaft wird viele Arbeitsplätze in der lokalen Produktion und den Bereichen Reparatur und Recycling schaffen.

Maßnahme 34: ein Konzept für den sozialen und ökologischen Umbau der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie

Die Relokalisierung und Diversifizierung der Nahrungsmittelversorgung soll dem lokalen Bedarf entsprechend durchgeführt werden. Dies erfordert eine umfangreiche staatliche Unterstützung bei der Entwicklung kurzer

Kreisläufe und relokalisierter ehemals langer Produktionsketten: Schlachthöfe und Geschäfte in nächster Umgebung, lokale und biologische Produkte für die Gemeinschaftspflege.

Die Unterstützung des Umbaus muss die Bauern und Bäuerinnen in die Lage versetzen, Pflanzenproteine zu erzeugen und Grünland zu entwickeln, den Viehbestand der Bodenfläche anzupassen, Wasser nachhaltig zu bewirtschaften, gegen importierte Abholzung zu kämpfen, sich schließlich dank gezielter Erhöhung der Steuern für

synthetischen Pestizide und Düngemittel von den sie produzierenden multinationalen Konzernen zu befreien und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Antibiotika durch die Entwicklung vom Heilverfahren durch Pflanzen so weit wie möglich zu reduzieren.

Politik und Investitionspläne müssen die Beschäftigung, den Zugang zu qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln für alle und den Respekt vor der Umwelt fördern und keine Landwirtschaft 4.0. .

Fazit

Die gezielte öffentliche Unterstützung und die Einbeziehung verbindlicher ökologischer und sozialer Ziele in die Gesetzgebung und in Handelsabkommen werden dazu beitragen, einen strukturellen Wandel in Gang zu setzen. Die gesamte Produktion von Gütern und Dienstleistungen neu zu denken, erfordert auf allen Ebenen die Umstellung der Wirtschaft als eines Systems für den Umgang mit Ressourcen und Bedürfnissen. Die Wiederaufbau der Wirtschaft erfordert eine höhere Bewertung der Arbeit zulasten der kapitalistischen und Aktionärslogik.

Die Energiepolitik ist von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit von Ressourcen, was die Entwicklung eines Konzepts für die Nutzung erneuerbarer und lokaler Energien nahelegt. Die aktive Beteiligung der Arbeitnehmer*innen an der Umstellung der Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung dafür, von einer kurzfristig denkenden, finanzorientierten Wirtschaft, die zyklischen Krisen unterworfen ist, zu einer langfristigen, lokal verankerten Wirtschaft überzugehen, die nach ökologischen und sozialen Zielen geplant wird. Die Logik der Sozialisierung von Verlusten und der Privatisierung von Gewinnen muss durch das Streben nach dem gesellschaftlichen

und ökologischen Nutzen aller unserer Tätigkeiten ersetzt werden, wobei mit einer sofortigen Aufwertung der öffentlichen Versorgungsbereiche begonnen werden muss.

Im Industriesektor darf nicht die kurzfristige Rentabilität auf den Finanzmärkten gestärkt werden. Vielmehr ist die Kontrolle der Arbeitnehmer*innen über die Produktionsmittel herzustellen und der Übergang zu einer Wirtschaft der Genügsamkeit voranzutreiben. Die Qualität der Arbeit, die Gestaltung der Arbeitsplätze, die Neuorganisation der hierarchischen Struktur, die Auswirkungen der Wirtschaft auf Gesundheit und Umwelt müssen im Mittelpunkt dieses neuen sozial und ökologisch tragfähigen Ansatzes stehen.

Um den Teufelskreis von Produktivismus und Konsumismus zu durchbrechen, müssen diese politischen Maßnahmen auf gemeinsamen Kämpfen und der Entwicklung alternativer Praktiken beruhen. Konzentriert auf starke öffentliche Bereiche (Wohnen, Gesundheit, Verkehr, Industrie ...) können die gemeinsamen Überlegungen unter Mitwirkung der Beschäftigten auf harmonische Weise zur Schaffung von Wohlstand, insbesondere in den ländlichen Gebieten, führen.

Und jetzt?

Die in diesem Plan für den Ausweg aus der Krise vorgeschlagenen 34 Maßnahmen sind ein erster Beitrag zu der Debatte, die zur Einleitung eines ökologischen und sozialen Umbaus unserer Gesellschaft zu führen ist.

Wir wollen jetzt gemeinsam an ihrer Verbreitung und Vervollständigung arbeiten, ihnen durch konkrete Kämpfe Nachdruck verleihen und zusammen die Bedingungen für ihre Durchsetzung schaffen. Nach der Gesundheitskrise und den zweimonatigen Ausgangsbeschränkungen wollen wir uns, über den Regierungskalender hinaus, gemeinsam für unsere Vorschläge zum Bruch mit einem System einsetzen, das die Umwelt verschmutzt und unsere Ressourcen erschöpft, Ungleichheiten vertieft und Diskriminierungen verstärkt. Diese gemeinsame Arbeit ist ein Beweis dafür, dass angesichts der sozialen und ökologischen Notlage eine Zusammenarbeit möglich ist und Hoffnung bringen kann.

Da die heutige Krise weder mit den Lösungen von gestern noch mit Abschottung überwunden werden kann, werden wir unsere gemeinsame Arbeit fortsetzen. Sie muss sich mit Hilfe von lokalen Initiativen entfalten, an denen nicht nur die Angehörigen unserer Organisationen, sondern viel breiter auch Jugendliche, Beschäftigte und Rentner*innen beteiligt werden. Der Aufbau einer ökologischen, demokratischen, feministischen und sozialen Zukunft wird nur möglich sein, wenn er die Menschen für lokale und nationale Initiativen und Mobilisierungen zusammenbringt. Weil wir unsere öffentlichen Dienstleistungen verteidigen und entwickeln müssen, lebensnotwendige Produktionen relokalisieren müssen, besser und nachhaltig produzieren müssen, weil wir weniger arbeiten müssen, damit alle arbeiten können, lasst uns mit unseren Forderungen und Projekten an die Öffentlichkeit gehen.

NIE WIEDER!

19 Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen in Frankreich rufen dazu auf, „den Tag danach“ vorzubereiten

27. März 2020

Khaled Gaiji, Präsident von Friends of the Earth Frankreich
Aurélie Trouvé, Sprecherin von Attac Frankreich
Philippe Martinez, Generalsekretär der CGT
Nicolas Girod, Sprecher des Bauernverbandes Confédération Paysanne
Benoit Teste, Generalsekretär der FSU
Jean-François Julliard, Geschäftsführer von Greenpeace Frankreich
Cécile Duflot, Geschäftsführerin von Oxfam Frankreich
Eric Beynel, Sprecher der Union syndicale Solidaires
Clémence Dubois, Vorsitzende von 350.org in Frankreich
Pauline Boyer, Sprecherin der Gewaltfreien Aktion COP21
Léa Vasseur, Sprecherin von Alternatiba
Sylvie Bukhari-de Pontual, Präsidentin des CCFD-Terre Solidaire
Emmanuel Poilane, Präsident des CRID
Jean-Baptiste Eyraud, Sprecher des Droit au Logement
Lisa Badet, Vizepräsidentin von FIDL, Gewerkschaft der Schülerinnen und Schüler
Jeanette Habel, Kopräsidentin der Fondation Copernic
Katia Dubreuil, Präsidentin des Syndicat de la magistrature
Mélanie Luce, Präsidentin der UNEF
Héloïse Moreau, Präsidentin der UNL

„Nie wieder! Wir wollen ‚den Tag danach‘ vorbereiten“: 19 führende Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Umweltorganisationen, darunter Philippe Martinez (CGT), Aurélie Trouvé (Attac), Jean-François Julliard (Greenpeace) und Cécile Duflot (Oxfam), haben am Freitag, den 27. März 2020, eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die auf [franceinfo](https://franceinfo.fr) veröffentlicht wurde. Diese Organisationen „rufen alle fortschrittlichen und humanistischen Kräfte [...] dazu auf, gemeinsam eine ökologische, feministische und soziale Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik und der neoliberalen Unordnung bricht“.

Durch die Übertragung der Steuerung unserer Gesellschaften in die Hände von Wirtschaftskräften hat der Neoliberalismus die Fähigkeit unserer Staaten, auf Krisen wie die Covid-19-Krise zu reagieren, sehr stark reduziert.

Die Coronavirus-Krise, die den gesamten Planeten trifft, offenbart die tiefgreifenden Mängel der neoliberalen Politik. Sie ist ein Funke auf einem Pulverfass, das kurz davor war zu explodieren. Emmanuel Macron fordert in seinen jüngsten Reden „*bahnbrechende Entscheidungen*“ und „*Dienstleistungen [...] außerhalb der Gesetze des Marktes*“.

Unsere Organisationen, die sich der sozialen und ökologischen Notlage bewusst sind und seit Jahren Alarm schlagen, erwarten nicht Reden, sondern tiefgreifende politische Veränderungen, um auf die unmittelbaren Bedürfnisse zu reagieren und die histori-

sche Chance zu nutzen, mit dem System aufzuräumen, in Frankreich und in der Welt.

Von nun an müssen alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, der Beschäftigten im Gesundheitswesen und der Pflegekräfte, von denen die überwiegende Mehrheit Frauen sind, umgesetzt werden, und dies muss Vorrang vor wirtschaftlichen Überlegungen haben. Nach vielen Jahren anhaltender Reduzierung der Mittel in allen Gesundheitseinrichtungen, einschließlich der öffentlichen Krankenhäuser und Seniorenheime, ist es dringend notwendig, genügend Mittel zur Verfügung zu stellen. Den Mangel an Ausrüstung, Betten und Personal beheben: mehr Betten, Gehaltserhöhung und massive Neueinstellungen, Versorgung mit wirksamer Schutzkleidung

und Tests, Kauf der notwendigen Ausrüstung, Beschlagnahme privater medizinischer Einrichtungen und der Unternehmen, die die für die Gesundheit notwendigen Güter herstellen können, Annullierung der Schulden der Krankenhäuser, um ihnen wieder finanzielle Spielräume zu verschaffen.

Um die Pandemie einzudämmen, muss die Arbeitswelt ausschließlich für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen mobilisiert werden, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen, alles andere muss unverzüglich gestoppt werden. Der Schutz der Gesundheit und die Sicherheit des Personals müssen gewährleistet sein, und das Rücktrittsrecht (1) der Beschäftigten muss respektiert werden.

Notwendige Maßnahmen im Namen der sozialen Gerechtigkeit

Die finanzielle Antwort der Regierung muss in erster Linie allen Beschäftigten zugutekommen, die sie benötigen, unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich, und sie muss mit Gewerkschaften und Personalvertretungen erörtert werden, anstatt die Gehälter von Managern aufzublähen oder Einzelinteressen zu bedienen. Um eine massive soziale Krise zu vermeiden, die Arbeitslose und Beschäftigte hart treffen würde, müssen bis auf Weiteres alle Entlassungen verboten werden.

Die neoliberale Politik hat die sozialen Rechte erheblich geschwächt, und die Regierung darf diese Krise nicht dazu nutzen, noch weiter zu gehen. Das Gesetz zum Gesundheitsnotstand lässt dies aber befürchten.

Je nachdem, ob man mehr oder weniger arm, bereits krank oder nicht krank oder wie alt man ist, unterscheiden sich die Bedingungen der Ausgangsbeschränkungen, die Ansteckungsgefahren, die Möglichkeiten, gut versorgt zu werden.

Daher sind zusätzliche Maßnahmen im Namen der sozialen Gerechtigkeit notwendig: Beschlagnahme von leerstehenden Wohnungen für Obdachlose und sehr schlecht untergebrachte Personen, einschließlich derjenigen, die einen Asylantrag gestellt haben, vollständige Wiedereinführung des Wohngelds, Stundung unbezahlter Energie-, Wasser-, Telefon- und Internetrechnungen für die Bedürftigsten. Zum Schutz von Frauen und Kindern, die Opfer von häuslicher Gewalt sind, müssen Nothilfemittel bereitgestellt werden.

Die von der Regierung freigesetzten Mittel zur Unterstützung von Unternehmen müssen vorrangig für Unternehmen in realen Schwierigkeiten eingesetzt werden, insbesondere für freiberuflich Tätige, Soloselbstständige, sehr kleine, kleine und mittlere Unternehmen, deren Rücklagen am geringsten sind. Und um zu verhindern, dass die Beschäftigten zur Anpassungsvariablen werden, müssen die Zahlung von Dividenden und Aktienrückkäufe durch die Unternehmen, die in letzter Zeit ein Rekordniveau erreicht haben, unverzüglich ausgesetzt und mittelfristig reguliert werden.

Aus der Wirtschaftskrise von 2008 wurden zu wenig Lehren gezogen

Starke Maßnahmen können helfen, bevor es zu spät ist, die Finanzmärkte zu entwaffnen: Kapitalkontrollen und ein Verbot der spekulativsten Operationen, eine Steuer auf Finanztransaktionen usw.

Ebenso sind eine gesellschaftliche Kontrolle der Banken, eine viel strengere Regulierung ihrer Praktiken oder eine Trennung in Depot- und Geschäftsbanken notwendig.

EZB-Hilfen von sozialer und ökologischer Umgestaltung abhängig machen

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat eine weitere Finanzspritze von 750 Milliarden Euro für die Finanzmärkte angekündigt. Die dürfte wieder einmal unwirksam sein. Die EZB und die öffentlichen Banken müssen den Staaten und Kommunen ab sofort direkt Kredite zur Finanzierung ihrer Defizite gewähren, zu den derzeitigen Zinssätzen, die nahe null liegen, was die Spekulation mit der Staatsverschuldung einschränken würde.

Die öffentliche Verschuldung wird im Zuge der Coronavirus-Krise stark ansteigen. Sie sollte nicht der Anlass zu Spekulationen auf den Finanzmärkten und zu einer zukünftigen fiskalischen Austeritätspolitik sein, wie es nach 2008 der Fall war.

Um die Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen, ist eine grundlegende Überarbeitung der internationalen Steuervereinbarungen erforderlich, und die Wohlhabendsten sollten durch eine ehrgeizige und progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen zu einem größeren Beitrag veranlasst werden.

Durch diese massiven Eingriffe in die Wirtschaft haben wir die Möglichkeit, die Produktions-, Landwirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungssysteme sehr tiefgreifend neu auszurichten, sie im Hinblick auf die Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung sozial gerechter zu gestalten und sie auf die Wiederherstellung der großen ökologischen Gleichgewichte zu konzentrieren.

Die Beihilfen der Zentralbank und die Beihilfen für Unternehmen müssen von deren sozialer und ökologischer Umgestaltung abhängig gemacht werden: Erhaltung der Arbeitsplätze, Verringerung der Lohnunterschiede, Aufstellung eines verbindlichen Plans zur Einhaltung der Pariser Vereinbarungen usw.

Denn es geht nicht um die Wiederbelebung einer zu tiefst nicht nachhaltigen Wirtschaft. Es geht darum, Investitionen und die massive Schaffung von Arbeitsplätzen im ökologischen und energetischen Übergang zu unterstützen, Investitionen in die umwelt- und klimaschädlichsten Aktivitäten zurückzunehmen, eine breite Verteilung des Reichtums zu erreichen und eine viel ehrgeizigere Politik der Berufsausbildung und Umschulung zu verfolgen, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer und prekäre Gruppen den Preis dafür zahlen.

Ebenso muss die massive finanzielle Unterstützung zu den öffentlichen Diensten umgelenkt werden, deren katastrophaler Zustand durch die Coronavirus-Krise auf grausame Weise offenbar wird: öffentliches Gesundheitswesen, Bildung und öffentliche Forschung, Dienste für pflegebedürftige Personen usw.

Relokalisierung der Produktion

Die Coronavirus-Krise offenbart unsere Verwundbarkeit angesichts der globalisierten Produktionsketten und des eng getakteten internationalen Handels, die dazu führen, dass in einem Notfall grundlegende Güter wie Schutzmasken, lebenswichtige Medikamente usw. nicht zur Verfügung stehen. Krisen wie diese werden sich wiederholen.

Die Relokalisierung der Aktivitäten in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich würde eine größere Autonomie gegenüber den internationalen Märkten, die Wiedergewinnung der Kontrolle über die Produktionsmethoden und die Einleitung eines ökologischen und sozialen Wandels in der Arbeitswelt ermöglichen.

Relokalisierung ist nicht gleichbedeutend mit Abschottung und einem egoistischen Nationalismus. Wir brauchen eine internationale Regulierung, die von multilateralen und demokratischen Gremien erarbeitet wird, auf der Grundlage der Zusammenarbeit und einer Antwort auf die ökologische Krise fußt und mit der neoliberalen Globalisierung und den Hegemoniebestrebungen der mächtigsten Staaten bricht.

Unter diesem Gesichtspunkt zeigt die Coronavirus-Krise, wie mangelhaft die internationale Solidarität und Zusammenarbeit sind: Die europäischen Länder waren nicht in der Lage, angesichts der Pandemie eine gemeinsame Strategie zu verfolgen. Innerhalb der Europäischen Union muss zu diesem Zweck ein europäischer Haushalt eingerichtet werden, der viel größer ist als der angekündigte, um den am stärksten betroffenen Regionen in der EU wie auch in anderen Teilen der Welt zu helfen, in Ländern, deren Gesundheitssysteme am anfälligsten sind, insbesondere in Afrika.

Unter strikter Einhaltung der Maßnahmen zur Ausgangsbeschränkung sollen die Bürgerinnen und Bürger von nun an die lokale Solidarität mit den am stärksten Betroffenen entfalten, den Versuch der Regierung vereiteln, Maßnahmen zum Sozialabbau durchzusetzen, und die Behörden zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Antwort auf die Krise drängen.

Nie wieder! Nach Ende der Pandemie werden wir uns die öffentlichen Orte wieder aneignen und unseren „Tag danach“ gestalten. Wir rufen alle fortschrittlichen und humanistischen Kräfte, wir rufen die gesamte Gesellschaft dazu auf, gemeinsam eine ökologische, feministische und soziale Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik und der neoliberalen Unordnung bricht.

(1) Das Rücktrittsrecht erlaubt es dem Arbeitnehmer oder Beamten, seinen Arbeitsplatz zu verlassen oder die Aufnahme einer Beschäftigung ohne Zustimmung des Arbeitgebers zu verweigern.

Sie kann unter zwei Bedingungen ausgeübt werden:

wenn die Arbeitssituation eine ernste und unmittelbare Gefahr für sein Leben oder seine Gesundheit darstellt;

oder wenn er einen Fehler in den Schutzsystemen feststellt.

<https://www.service-public.fr/particuliers/actualites/A13902>

Nie wieder! - „den Tag danach“ vorbereiten

Internetpetition in Frankreich



Diese Petition wurde am 7.4.2020 von folgenden Organisationen initiiert:

Action Non-Violente COP 21, Alternatiba, Attac France, CCFD Terre Solidaire, Confédération paysanne, CGT, Convergence nationale des Services Publics, Fédération syndicale unitaire (FSU), Fondation Copernic, Greenpeace France, les Amis de la Terre France, Oxfam France, Reclaim Finance, Unef, Union syndicale Solidaires, 350.org

Angesichts des Gesundheitsnotstands sind Maßnahmen erforderlich, die mit der bisherigen Politik brechen. Im Anschluss an die gemeinsame Erklärung „Nie wieder! Wir wollen ‚den Tag danach‘ vorbereiten“ fordern die Unterzeichner dieser Petition die Regierung auf, unverzüglich 4 Maßnahmen zu ergreifen:

1. die sofortige Einstellung der zur Bekämpfung der Epidemie nicht notwendigen Tätigkeiten
2. die Beschlagnahmung privater medizinischer Einrichtungen und Unternehmen zur unverzüglichen Herstellung von Masken, Atemschutzgeräten und aller zur Rettung von Leben notwendigen Hilfsmittel
3. die sofortige Aussetzung der Dividendenzahlungen von Unternehmen, Aktienrückkäufe und Boni für CEOs (Vorstandsvorsitzende)
4. die Entscheidung, die 750 Milliarden Euro der EZB nicht zur Speisung der Finanzmärkte, sondern nur zur Finanzierung der sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Menschen zu verwenden.

Es geht anschließend nicht um die Wiederbelebung einer Wirtschaft, die sowohl ökologisch als auch sozial vollkommen unhaltbar ist! Wir fordern die unverzügliche Entwicklung einer auf lange Sicht ausgerichteten staatlichen Politik, damit wir so etwas wie jetzt nie wieder durchmachen müssen. Dazu gehören:

1. ein Entwicklungsplan für alle öffentlichen Dienste
2. ein weitaus gerechteres und auf Umverteilung ausgerichtetes Steuersystem, eine Steuer auf große Vermögen, eine Steuer auf Finanztransaktionen und eine echte Bekämpfung der Steuerhinterziehung
3. ein Plan zur Neuorientierung und solidarischen Relokalisierung der Landwirtschaft, der Industrie und der Dienstleistungen mit dem Ziel, sie sozial gerechter zu gestalten und in die Lage zu versetzen, die wesentlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und den aus der ökologischen Krise erwachsenden Anforderungen gerecht zu werden

Seien wir schon jetzt aktiv und treffen wir uns am „Tag danach“, um uns die öffentlichen Orte wieder anzueignen und gemeinsam eine ökologische, soziale und demokratische Zukunft zu schaffen, die mit der bisher verfolgten Politik bricht.

Frankreich: 25 Organisationen - darunter Attac, Gewerkschaften, Oxfam, Umwelt- und soziale Organisationen, Bauern, Juristen, Schüler*innen und Studierende ... rufen anlässlich des 1. Mai: „Nie wieder!“

Die unterzeichnenden Organisationen:

Action-aid France; ANV-COP 21; Alternatiba; Attac; CCFD-Terre solidaire; CGT; Confédération paysanne; DAL; FIDL; FSU; Fondation Copernic; Greenpeace; Le mouvement; Les Amis de la Terre ; MAN; MNL; Notre affaire à tous; Oxfam; Syndicat de la Magistrature; Reclaim Finance; Syndicat des Avocats de France; Youth For Climate France; UNEF; Union syndicale Solidaires; UNL

Dienstag, 28. April 2020

Unsere Organisationen rufen zur Teilnahme an gewerkschaftlichen Mobilisierungen auf, um dem 1. Mai 2020, dem Internationalen Tag der Arbeit, im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise ein besonderes Echo zu verleihen. Die Pandemie, die sich auf der ganzen Welt ausbreitet, offenbart auf tragische Weise die Deregulierungen des neoliberalen und produktivistischen Kapitalismus und die Funktionsstörungen der gegenwärtigen Regierungen weltweit. **Die Situation erfordert eine gemeinsame Antwort auf die ökologischen, sozialen und demokratischen Notstände.**

Die Anforderungen an einem öffentlichen Gesundheitswesen werden am 1. Mai im Vordergrund stehen. Unsere Organisationen rufen zur Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich und in allen Ländern auf, deren Tätigkeiten weitergehen, oft sogar ohne die notwendige Schutzausrüstung. Solidarität auch mit den "Un-sichtbaren", die sich durch die Krise als unentbehrlich erwiesen haben, sowie mit den Prekären und denen „ohne Papiere“, deren Situation sich während der Krise dramatisch verschlechtert hat.

Für all dies fordern wir :

- **Vorrang für die Gesundheit**, jetzt und nach dem 11. Mai, dem angekündigten Datum für die Aufhebung der Ausgangssperren, auch wenn die sanitären Bedingungen nicht erfüllt sind;
- **Sofortmaßnahmen, um soziale Ungleichheiten zu bekämpfen und die Rechte eines jeden in die-**

ser Zeit zu wahren, einschließlich des Rechts auf qualitativ hochwertige Arbeit, Nahrung und Wohnung;

- **Neugründung des Sozialschutzes für junge Menschen**, um ihn den allgemeinen Rechtsbestimmungen anzupassen. Junge Menschen können weder die Anpassungsvariable noch die danach Vergessenen sein;

- **Vorrang für den Kampf gegen den Klimawandel und den Schutz der biologischen Vielfalt im Konjunkturprogramm, der klimatischen Notlage entsprechend;**

- **Solidarität mit den Bevölkerungen armer Länder, den ersten Opfern der Klimakatastrophe**, die von der Gesundheitskrise betroffen sind, während ihre Gesundheitssysteme und öffentlichen Dienste noch weniger als unsere auf diese Pandemie vorbereitet sind, und von den sich abzeichnenden Nahrungsmittelkrisen betroffen sein werden. Die Solidarität bedeutet vor allem die **Streichung ihrer Auslandsschulden und die Zahlung zusätzlicher Notfallfinanzierungen;**

- **von den multinationalen Unternehmen die Achtung der Menschenrechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer**, die bei ihren Tochtergesellschaften, Zulieferern und Subunternehmen in der ganzen Welt beschäftigt sind, anstatt sie ohne Einkommen, Unterstützung oder sozialen Schutz zu lassen und sie dadurch anfälliger für Ausbeutung zu machen, bei gleichzeitiger Auszahlung von Dividenden an ihre Aktionäre.

Die Welt danach muss endlich die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern umsetzen. Oft sind es die Frauen, im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen, im öffentlichen Dienst, im Handel, in der Lebensmittelindustrie, die Leben gerettet, Lebensmittel bereitgestellt, Tätigkeiten zum Schutz der Bevölkerung durchgeführt und es unserem Land durchzustehen ermöglicht haben, während sie immer noch viel schlechter bezahlt werden als Männer: Es ist an der Zeit, ihren Einsatz anzuerkennen.

Die Welt danach darf nicht zu einem weiteren Rückgang der demokratischen Rechte führen. Unter diesem Gesichtspunkt sind wir in Frankreich wie anderswo der Notwendigkeit bewusst, alle notwendigen Ausgangsbeschränkungen zu respektieren, aber nicht weniger empört über Polizeigewalt, missbräuchliche Kontrollen, Verletzungen des Schutzes der persönlichen Daten und der Privatsphäre, Verletzung der Rechte von Migranten...

Am 1. Mai werden wir auch demonstrieren, um einen Plan für die solidarische und ökologische Relokalisierung von industriellen, landwirtschaftlichen und Dienstleistungsaktivitäten zu fordern:

- „**Nie wieder**“ verarmte und in Konkurrenz zueinander gesetzte Beschäftigte !
- „**Nie wieder**“ die Abhängigkeit von internationalen Märkten und das Fehlen von Masken, Kitteln und Medikamenten,
- **Nie wieder**“ Produkte, die bei ihrer Reise um den Planeten Umweltverschmutzung und Treibhausgasemissionen verursachen!
- Und "**nie wieder**" die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Südens zum alleinigen Nutzen der transnationalen Konzerne aus reichen Ländern.

Damit der Tag danach nicht mehr derselbe ist wie der Tag davor, muss jede öffentliche Unterstützung für Unternehmen ab sofort von einer ökologischen und sozialen Umstellung abhängig gemacht werden, die es uns ermöglicht, Hunderttausende von hochwertigen Arbeitsplätzen in Frankreich zu schaffen.

<https://france.attac.org/se-mobiliser/que-faire-face-au-coronavirus/article/1er-mai-plus-jamais-ca>

Die Regierung darf unter dem Einfluss umweltverschmutzender Industrien **nicht die Umweltverpflichtungen und -ziele in Frage stellen**, die bereits weit unter dem durch die Klimakatastrophe geforderten Niveau liegen.

Sie muss auch die Verkäufe von Waffen aussetzen, die Konflikte und Terrorismus anheizen, **und den Verzicht auf die kostspielige nukleare Abschreckung erwägen**, mehr gefährlicher als wirksam.

Wir fordern, dass der Kampf gegen den Klimawandel und der Schutz der biologischen Vielfalt Prioritäten für das Konjunkturprogramm sind und der klimatischen Notlage angemessen.

Am 1. Mai werden wir **auch demonstrieren, um einen Entwicklungsplan für alle öffentlichen Dienste und eine Neubewertung der Berufe öffentlichen Nutzens einzufordern:**

- Nie wieder" überforderte Krankenhäuser wegen Bettenschließungen und Mangel an Pflegepersonal,
- „nie wieder" eine öffentlichen Forschung, der Mittel fehlen,
- "nie wieder" ausgelaugte öffentliche Dienste,
- "nie wieder" vernachlässigte Pflegeheime
- "nie wieder" Menschen ohne Einkommen und ausreichende Ernährung.
- „nie wieder" falsche Ausreden über das Fehlen öffentlicher Gelder zu deren Finanzierung, während eine **gerechtere Besteuerung (auch von Einkommen/Vermögen), ein echter Kampf gegen Steuerhinterziehung und die Umwandlung der Staatsschulden in unbefristete Nullzinsen-Kredite der EZB** die Mittel dazu bereitstellen würden.

Auch unter den Bedingungen der Ausgangsbeschränkungen, **lasst uns alle am 1. Mai demonstrieren, und zwar von zu Hause aus, mit Plakaten, Transparenten oder durch ein Fluten der sozialen Netzwerke.** Lasst uns sichtbar machen, lasst uns ausdrücken, was wir in Frankreich und anderswo wollen: **einen Richtungswechsel, für eine ökologische, soziale, feministische und demokratische Zukunft!**

Macht eure Stimme am 1. Mai hörbar